

Sicherheitspolitische Aspekte der Zeitenwende im Kontext des Ukraine- Krieges. Ouvertüre der Zeitenwende

In seinem Protestsong „The Times They Are A-Changin“ beschwor Bob Dylan Zeichen von Umbrüchen, die in die Ablösung der bestehenden Ordnung münden. Ein „The Times They Are A-Changin“ beschreibt exakt auch die politische Gegenwart. Alle Hoffnungen auf eine erträgliche Übereinkunft mit Russland, alle Prognostik und vermeintlichen Gewissheiten über die Politik des Kremls, sind durch Präsident Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zerplatzt. Das ohnehin fragile sicherheitspolitische Ordnungsgefüge in Europa ist nun zusammengebrochen, händeringend wird nach neuen Stabilitäten gesucht.

Vor diesem Hintergrund beschreibt der Begriff „Zeitenwende“ als neuer Schlüsselbegriff in der deutschen Außenpolitik treffend die Dramatik der Lage und die gegenwärtige politische Denkströmung. Bundeskanzler Olaf Scholz setzte ihn in seiner Regierungserklärung zum Ukrainekrieg am 27. Februar mehrmals für die Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik ein. Die Moskauer Außenpolitik beurteilt die Bundesregierung jetzt als hegemonial-imperiales Machtstreben. Putins Regierungshandeln wird rhetorisch von Autokratie zu Diktatur heruntergestuft.

Im strategischen kulturellen Selbstbild versteht sich Deutschland als Zivilmacht, die Krisen vorzugsweise durch präventive und dialogische Konfliktbearbeitungsstrategien stabilisiert. Der Diplomatie als Transformation von Gegnerschaft in Prozesse, Abkommen und Kontrollregime wird immer ein langes Zeitfenster geöffnet. Und dem Einsatz von militärischen Mitteln als außenpolitisches Instrument geht ein langer parlamentarischer und öffentlich-medialer Diskussionsweg voraus. Er folgt der Raison d'être „Deutschland niemals alleine“, sondern immer nur im Geleit von Nato und EU. Nach der Einheit Deutschlands und der Selbstauflösung des Warschauer Pakts ein Jahr später wurde die Losung ausgegeben, man sei nunmehr von Freunden umzingelt. Das war der Auftakt zur systematischen Abrüstung der Bundeswehr. Strukturell so tiefgreifend, dass der Heeresinspekteur Alfons Mais anlässlich der russischen Invasion sich genötigt sah öffentlich zu bekennen: „Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da. Es fehlen personelle Aufwuchsfähigkeiten, einsatztaugliches Gerät, umfangreiche Ersatzteilverhaltung, Munitionsbevorratung.“

Das will Olaf Scholz nun ändern. In der Grundsatz-Rede zur deutschen Zeitenwende versprach er der Bundeswehr 100 Milliarden Euro für Rüstungsbeschaffungen und gab die Zusage, die Vereinbarung des Nato-Gipfels in Wales von 2014, die Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% des BSP, jetzt real umzusetzen. Dies sowie die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Deutschland an sogenannten schweren Waffen und deren Lieferung an das bekriegte Land – all das stellt zweifelsohne einen sicherheitspolitischen Kulturwandel dar. Er ist vergleichbar mit dem Bekenntnis der SPD zur Westintegration im Godesberger Programm von 1959 sowie mit der rüstungskontrollpolitischen Denkfigur von Bundeskanzler Helmut Schmidt, die zum Nato-Doppelbeschluss von 1979 führte: Der Kombination von Verhandlungsdiplomatie und Bereitschaft zur Stationierung atomarer Mittelstreckensysteme in der alten Bundesrepublik.

In ihrer 73-jährigen Geschichte stand die Bundesrepublik Deutschland dreimal vor außenpolitischen Zeitenwenden: 1. Die Pariser Verträge 1954 bildeten die Weichenstellung der Westintegration als klare Absage an die seit 1949 intensiven Debatten über eine Neutralität des damaligen Westdeutschlands. Mit

dieser Entscheidung wurde aber zugleich auch die Vertiefung der deutsch-deutschen Teilung in Kauf genommen. 2. Zweck der ab 1969 sich in den Ostverträgen spiegelnden Ostpolitik war, durch eine politische Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR, zu Polen, der Tschechoslowakei und zur DDR eine Erweiterung des außenpolitischen Spielraums zu erreichen sowie die Grenze für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands erträglicher zu machen. 3. Die Deutsche Einheit 1990 bildete den Auftakt der Überwindung des Kalten Krieges in Europa, der ein Jahr später auch zum Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Pakts führte.

Russische Strategische Kultur

Aus der heutigen Zeitenwende-Perspektive und ihrer kritischen Reflexion hatte die 1990 vereinbarte Charta von Paris möglicherweise gar keine realistische Chance, eine gesamteuropäische, ordnungspolitisch-gestaltende Verankerung zu bekommen. Das Dokument war nämlich nichts weniger als die Festlegung auf den in West und Ost unterschiedslos zu implementierenden Demokratischen Frieden gewesen. Bewusst oder unbeabsichtigt wurde vom politischen Westen der manifeste Faktor der „Strategischen Kultur“ in der UdSSR/Russland ausgeblendet. Die strategische Kultur inkorporiert die Werte, Normen, Ressourcen, Geofaktoren, Sozialisation, kollektive Erfahrungen und Geschichte eines Staates und prägt somit seine sicherheitspolitische Identität im Innen- wie Außenverhältnis. Sie wandelt sich nicht automatisch mit dem Wechsel der Regierungsform.

Russland steht exemplarisch für die Position einer langen, beständigen strategischen Kulturverankerung. Der Staat, ob zaristisch, kommunistisch oder in sogenannter gelenkter Demokratie geführt, hat immer das Primat vor Wirtschaft und Sozialwesen. Wie ein roter Faden durchzieht alle Perioden der russischen Historie, dass der Staat das Subjekt seiner Geschichte ist und die Gesellschaft das Objekt. Mit Blick auf die gestellte Machtfrage zeigt sich bruchlos auf der geschichtlichen Zeitachse die Strategische Kultur mit ihrem Primat der Exekutive. Historische Stichworte dieser Analogie waren die Niederschlagung der Narodniki 1874 durch Zar Alexander III. und der Dekabristen 1825 durch Zar Nikolaus I., Stalins Entkulakisierung 1929-1933, der Erste Tschetschenienkrieg von Dezember 1994 bis August 1996 unter Jelzin sowie der Zweite Tschetschenienkrieg von Oktober 1999 bis April 2009 durch Putin.

Zu geringe Aufmerksamkeit wurde in der Politikberatung innerrussischen Forschungsergebnissen geschenkt. Sie verwiesen seit Jahren darauf, dass die russische Politik der normativen Kraft des Faktischen folgt. Hiernach sollen international geschaffene Tatsachen durch Gewöhnung eigene Rechtsqualität/Recht des Stärkeren entwickeln. Als Präsident Jelzin mit militärischer Gewalt den Verfassungskonflikt mit dem Parlament durch Beschuss und Erstürmung des Moskauer Weißen Hauses Anfang Oktober 1993 austrug, zeigte sich bereits die Fragilität der westlichen Annahme von einem grundsätzlich der Demokratie zugewandten Russland.

Bereits unter seiner Administration wurden von den in Führungspositionen rückenden Seilschaften der Sicherheitsapparate/ „Silowiki“ großrussisch-imperiale Ansprüche propagiert. Sie forderten eine Rückkehr zur politischen Kontrolle des sogenannten „Nahen Auslandes“ und bereiteten mit diesen Denkfiguren den politischen Boden für die Regression in die historische Kontroll- und Gewaltkultur. Die Annexion der Krim im März 2014 stellte formal bereits den Zusammenbruch der Pariser Charta dar. In Deutschland fand in der Mitte der Gesellschaft das russische Narrativ eine Anhängerschaft, wonach die Annexion der Krim der Beseitigung des russischen sicherheitspolitischen-geostrategisches Dilemma diene. Unterstellt wurde in diesem Kontext eine bald bevorstehende Nato-Mitgliedschaft der Ukraine mit der Folge der Stationierung

von US-Marineeinheiten in Sewastopol, wo die russische Schwarzmeerflotte vor Anker liegt.

Unzureichende Expertisen

Zeitenwende bedeutet auch eine notwendige Aufarbeitung von etwaigen Versäumnissen, Unterlassungen, Vernachlässigungen und Fehlbeurteilungen der deutschen Russlandpolitik im langen Vorfeld des Krieges. Es muss jedoch eine ergebnisoffene Aufarbeitung sein und nicht politisches Bashing. Der Slogan, hinterher habe man es vorher schon gewusst, wird von Vielen bereits wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Die nach der Deutschen Einheit stark ausgedünnte Expertise-Landschaft mit einem sicherheitspolitischen Fokus auf Russland als ein strukturelles Defizit hat im bisherigen diskutierten Ensemble der Defizite bislang noch kaum Beachtung gefunden.

Nach 1990 und dem Ende des Ost-West-Konflikts änderten nämlich universitäre Lehrstühle und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die bis dahin analytisch gegenwartsbezogene Russlandforschung unter sicherheitspolitischen Aspekten betrieben hatten, ihre Curricula, wurden abgewickelt oder befassten sich mit anderen akademischen osteuropäischen Untersuchungsfragen. Eine sicherheitspolitische osteuropäische strategische Forschung wie bis 1990 war 2022 nicht mehr vorhanden. Intensive Diskurse im Ausland über eine schrittweise Änderung der potenziellen Bedrohungslage durch einen wachsenden russischen innenpolitischen Autoritarismus und sicherheitspolitischen Militarismus wurden hierzulande kaum rezipiert. Das wurde vor und nach dem 24. Februar 2022 in der erkennbaren Ahnungslosigkeit vieler Politiker deutlich: „Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht.“

Sicherheitspolitische Zeitenwende heißt: Erfordernis von Risikoanalysen und gestaltende Konzepte im Strategie-Portfolio, standardisierte „Early Risk Warnings“, die in strategischer Vorausschau potenzielle Gefährdungen und Bedrohungen identifizieren, langfristige strategische Ziele und Leitlinien benennen und daraus Handlungsoptionen zur Erreichung der abgesteckten Ziele entwickeln. Das ist weit mehr als klassische militärische Bedrohungsanalysen und Lagebeurteilungen.

Drehbuch und Kriegseintritt

Der Ukraine-Angriff verwirft den lange gehegten sicherheitspolitischen Topos, dass ein klassischer konventioneller Staaten-Krieg in Europa kaum Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt und er deshalb als historisch überwunden gelten kann, zumindest jedoch als ein Auslaufmodell zu werten sei. Russlands Fähigkeiten zur militärischen Machtprojektion in Form einer großen konventionellen Operation/Invasion und Besetzung eines größeren Landes im postsowjetischen Raum wurden darum im Westen wegen der deutlichen Defizite hinsichtlich Einsatzbereitschaft, Logistik, Ausrüstung und operativer Gefechtsfeldführung der Teilstreitkräfte in den Kriegen in Tschetschenien und Georgien als gering eingeschätzt.

Die erkannten Mängel bemühte sich Moskau jedoch ab 2008 mit intensiven und strukturellen militärischen Modernisierungsprogrammen zu überwinden. Die Beurteilung von Aufrüstung und Umwandlung der russischen Streitkräfte zu einem außenpolitischen kriegstauglichen Instrument verblieb gleichwohl im Diskurs von Experten. Die Bundesregierungen und der Osthandel waren demgegenüber vom 2008 aufgelegten Konzept der Modernisierungspartnerschaft überzeugt: Der ökonomischen Interdependenz wurde das Postulat eines Sicherheits- und Friedensfaktors zugesprochen. Damit stand sie nicht alleine. 2010 beschlossen die EU und Russland auf dem Gipfel in Rostow eine Strategische Partnerschaft. Obwohl Moskau nur zwei Wochen nach Ende des Fünftage-Krieges mit Georgien 2008 bereits die dortigen sezessionistischen

de facto-Regime Abchasien und Südossetien gegen internationales Recht als Völkerrechtssubjekte anerkannt hatte.

Interdependenz und Strategische Partnerschaftskonzepte setzen eine beiderseitige Win-Win Bereitschaft voraus. Wird die wechselseitig unterstellte Rationalität aber einseitig klandestin nur zeitfunktional verstanden, wie von Präsident Putin angesetzt, muss das Konzept scheitern.

Der Angriffskrieg hatte eine langjährige, strategische Vorplanungszeit in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Energie, Logistik, internationale Absprachen und Militärmanöver. Präsident Putin startete ihn folglich nicht als taktischer Opportunist, sondern im Selbstverständnis wie ein politischer Missionar auf dem gewählten harten Weg für ein künftiges Großrussland. Der Chef im Kreml ist ein revisionistisch-imperialer Visionär und kein Fanatiker mit ideologischem Tunnelblick. Realpolitisch nüchtern kalkuliert er mit ausgeprägtem geopolitischen Machtwillen seine politischen Schritte.

Den militärischen Probelauf des 24. Februar übten aus heutiger Erkenntnis die russischen Streitkräfte im vergangenen Jahr. Den Auftakt bildeten im April See-Luftübungen im Schwarzen Meer sowie massierte Truppenaufmärsche entlang der Grenze zur Ukraine. Im September folgte das strategische Stabsrahmen-Manöver Sapad-21 unter Beteiligung der belarussischen Armee. In der Nato wurde vermutet, dass aus dieser massierten Übung heraus klassischerweise ein Angriff auf die Ukraine erfolgen könnte. Als die potenzielle Aggression unterblieb und weiterhin Monat um Monat weitere russische Truppen zugeführt wurden, beurteilten das die Militärs und die Nachrichtendienste in Europa in übergroßer Mehrheit als Aufbau von machtpolitischen Drohkulissen und nicht als Finale für die Invasion.

Den Krieg erklärte Präsident Putin am Angriffstag als notwendige präventive Abwehr und Verteidigung Russlands vor einem angeblich geplanten, durch die Nato unterstützten ukrainischen Überfall, mit dem Russland zerstört werden soll. Zugleich postulierte er eine „Entnazifizierung und Entmilitarisierung“ des Nachbarstaates als strategische Kriegsziele. Beide Chiffren stehen funktional und emotional für den Kampf gegen Nazi-Deutschland. Die Regierung in Kiew sollte handstreichartig gewaltsam politisch entmachteter werden, um daraufhin militärisch zu kapitulieren und dann einen Vasallenstatus oktroyiert zu bekommen. Als Camouflage-Begriff wurde die Bezeichnung „Sondermilitäroperation“ eingeführt. Die tatsächliche Benennung als Krieg wird mit hohen Haftstrafen geahndet. Propagandistisch kann mit Sondermilitäroperation jedoch nicht an das Narrativ des sogenannten Großen Vaterländischen Krieg angeknüpft werden. Ihr Vorteil liegt jedoch in der Flexibilität, zu jedem Zeitpunkt selbstbestimmend sie als erfolgreich bestimmen und ihr Ende festlegen zu können, weil Sondermilitäroperation Begrenzungen von Opfern konnotiert. Andererseits kann nicht, ohne unglaublich zu werden, systematisch und öffentlich um neue Kräfte geworben werden. Aus diesem Dilemma versucht Präsident Putin nach der erkannten desaströsen militärischen Selbstüberschätzung zu entkommen, mit der nach Umfang und Kategorien nicht festgelegten sogenannten Teil-Mobilisierung zur Stärkung der Kampfkraft. Dadurch wird erkennbar, dass seine geopolitischen Ziele vor den dadurch ausgelösten gesellschaftlichen Sorgen rangieren. Das offenbart die hohe Fluchtzahl von Reservisten. Ob er damit letztendlich „den Weg für sein eigenes Ende bereitet“ habe, wie die russische Politologin Tatjana Stanowaja in der Zeitschrift *Foreign Affairs* kürzlich rhetorisch fragte, ist derzeit noch nicht abschätzbar.

Atomkriegsfurcht

Wie in den 1980er Jahren der atomaren Raketenstationierung mittlerer Reichweite durch die Sowjetunion und die USA im damals geteilten Europa, löst heute eine Zuspitzung des Ukraine-Krieges in eine nukleare

Auseinandersetzung mit Russland bei vielen Menschen in Deutschland erneut Furcht aus. Präsident Putin und insbesondere der Vizechef des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dimitri Medwedew, zündeln absichtsvoll rhetorisch seit Kriegsbeginn gefährlich in der nuklearen Frage.

Die Drohung mit Nuklearwaffen als machtpolitische außenpolitische Zielsetzung beherrschte bereits der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow virtuos. Unvergessen ist seine Nuklearwarnung vom 6. November 1956 an Frankreich und Großbritannien, ihre Kämpfe am Suezkanal einzustellen, sowie die vom 23. Juni 1959, um dem Berlin-Ultimatum noch mehr Gewicht zu verleihen. Wenngleich sich sowjetische und russische Sicherheitspolitik in mancher Hinsicht unterscheiden, so ist die Melange aus Einschüchterung, Bluff und Brinkmanship als ein Strukturmerkmal der russischen Atomdoktrin konstant geblieben. Diese Klaviatur beherrscht Präsident Putin als vormaliger KGB-Offizier und späterer Chef des Geheimdienstes FSB brillant. Im Vorfeld des russischen Einmarschs in der Ukraine instrumentalisierte er deutlich die Atomkriegs-Furcht in Europa als Faktor der kommunikativen und psychologischen Kriegsführung. Beispielhaft: Am 19. Februar, als vielerorts noch die Hoffnung auf Abwendung eines Angriffs bestand, veranstaltete Russland eine strategische Atomübung mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern.

Es gehört aber zum Standard von Nuklearmächten, kontinuierlich die Systemverlässlichkeit von Trägerwaffen ohne armierte Sprengköpfe zu testen. Auch die Nato-Luftstreitkräfte trainieren regelmäßig in ihren Steadfast Noon-Manövern Transport, Beladung, Schärfung und Abwurfseinsatz der nuklearen Sprengmittel. Das russische Manöver im Februar wurde jedoch in breiter offensiver medialer Darbietung von Präsident Putin als Oberbefehlshaber in Begleitung des belarussischen Präsidenten Lukaschenko im Gefechtsstand abgehalten. Den Rahmen bildete die hochspannungsgeladene Lage, ob der von den US-Nachrichtendiensten terminierte militärische Angriff in den nächsten Tagen tatsächlich erfolgen würde. Insofern diente der Waffentest gezielt der Demonstration von nuklearen Fähigkeiten, aber auch dazu, die europäischen Gesellschaften zu verunsichern und zu spalten.

Drei Tage nach dem Angriff drehte Russland erneut an der psychologischen Eskalationsschraube. Die strategischen Atomstreitkräfte wurden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Damit wurde die Herstellung von elektronischen Kommandoverbindungen überprüft, damit die entsprechenden Systeme überhaupt funktionsfähig werden können.

Man muss zeitlich sehr weit zurückgehen, bis zum Jom-Kippur-Krieg 1973, als Moskau letztmalig seine Nuklearwaffen in ein sogenanntes „spezielles Regime“ setzte. Damals aktivierte die UdSSR dieses zweite des vier-stufigen nuklearen Mobilisierungssystems. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hatte demgegenüber eine Woche nach Kriegsbeginn in der Ukraine kurzfristig den sechs Monate vorbereiteten Testflug einer US-Minuteman III ICBM nicht genehmigt, damit Moskau keiner bedrohlichen Fehlperzeption unterliegt.

Viele wurden erneut aufgeschreckt durch die letzte Passage von Präsident Putins Rede an die Nation am 21. September zur Bekanntmachung einer Teilmobilisierung. Offensichtlich als Reaktion auf durch westliche Waffenlieferungen erfolgreiche ukrainische militärische Rückeroberungen. Er warnte: „Wenn die territoriale Integrität unseres Landes bedroht ist, werden wir natürlich alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Russland und unser Volk zu schützen. Das ist kein Bluff!“

Mit dieser Aussage wird die modifizierte russische Nukleardoktrin vom 2. Juni 2020 bewusst überdehnt. Sie benennt nur zwei Voraussetzungen des Atomwaffeneinsatzes: Wenn Russland oder die Verbündeten mit Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen angegriffen werden oder bei einer solchen massiven Aggression gegen das eigene Land mit konventionellen Waffen, so dass mit ihnen die staatliche Existenz

bedroht ist. Doch wurde wahrscheinlich bewusst bislang nicht die Schwelle zur staatlichen Existenzbedrohung näher bestimmt. Beides liegt im Ukraine-Krieg nicht vor. Ungeachtet dessen, dass Russland vier besetzte ukrainische Verwaltungsbezirke annektiert und damit eine scheinbare neue Westgrenze hat, obwohl sie noch umkämpft sind. Ob eben diese Gebiete von Moskau deklaratorisch auch unter den Atomschirm gestellt oder dort faktisch sogar konventionell/nuklear bestückbare Kurzstreckenwaffen vom Typ Iskander M oder Kalibr und Kh-101 Marschflugkörper stationiert werden, scheint noch nicht ausgemacht zu sein. Präsident Putin kann ohnehin jederzeit willkürlich und vorsätzlich jede westliche ukrainische Waffenunterstützung als eine existentielle Bedrohung behaupten und sie als Rechtfertigung für den atomaren Ersteinsatz vorbringen.

Demgegenüber statuierte der russische Verteidigungsminister Schoigu unmissverständlich in seiner Rede auf der X. Moskauer Konferenz über Internationale Sicherheit am 16. August zum Krieg in der Ukraine: „Vor diesem Hintergrund breiten sich in den Medien Spekulationen über den angeblich bevorstehenden Einsatz taktischer Kernwaffen durch Russland während der 'Speziellen Militäroperation' oder über die Bereitschaft zum Einsatz chemischer Waffen aus. All diese Informationsfetzen erweisen sich als Lügen. Aus militärischer Sicht besteht keinerlei Notwendigkeit, Kernwaffen zur Erreichung der gestellten Ziele in der Ukraine einzusetzen. Der Hauptzweck der Kernwaffen Russlands besteht darin, abzuschrecken vor einem nuklearen Überfall. [...] Auch Behauptungen über den möglichen Einsatz chemischer Waffen in der Ukraine sind absurd.“ Nicht auszuschließen ist hingegen, dass seine Aussage zur Choreographie aus bewusster Täuschung und List gehört. Zudem muss der Zeitpunkt bedacht werden. Mitte August waren die Erfolge der ukrainischen Streitkräfte in ihren Gegenoffensiven noch nicht deutlich erkennbar. Schoigu könnte also aus der damaligen militärischen Lage geurteilt haben.

Auffallend ist, dass die Gesellschaften in Ländern wie Norwegen, Finnland, den drei Baltischen Staaten sowie in Polen, die direkt an Russland angrenzen, und insbesondere in der Ukraine, die Gefahr eines Atomkriegs nicht ebenso sorgenvoll in den Kontext der Waffenlieferungen an die Ukraine stellen, wie es in Deutschland der Fall ist. Warum? Die historischen Erfahrungen mit der Sowjetunion/Russland werden in den Ländern anders bewertet als hierzulande. Im Diskurs überwiegen dort ganz überwiegend die vermeintlich zu erwartenden Konsequenzen, wenn Russland die ukrainische Verteidigung weitgehend zerschlagen sollte: Es wäre ein fatales Signal, dass sich Krieg und nukleare Drohung und Erpressung lohnen und damit Raum für weitere künftige russische Krisen- und Kriegsszenarien bieten würden.

Die Kreise in Deutschland, die einen westlichen Waffenstopp anmahnen, begründen ihre Appelle in der Regel oft sozialpsychologisch. Präsident Putin werde mit jeder weiteren waffengestützten ukrainischen Rückeroberung in seinem Handlungsspielraum immer weiter von den Hardlinern in seinem inneren Machtzirkel eingeeengt, die fordern, noch härter zu reagieren, so dass er tatsächlich die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen entwickeln könnte. Sie berufen sich in ihren Appellen auf die drei wichtigsten Regierungschefs im westlichen Bündnis. Bundeskanzler Scholz betonte im April: „Ich tue alles, um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem dritten Weltkrieg führt. Es darf keinen Atomkrieg geben.“ Im Juni warnte der französische Präsident Macron: „Wir dürfen Russland nicht demütigen, damit wir an dem Tag, an dem die Kämpfe aufhören, mit diplomatischen Mitteln eine Startrampe bauen können“. Und US-Präsident Biden mahnte am 6. Oktober: „Ich kenne diesen Typen ziemlich gut. [...] Er scherzt nicht, wenn er über den möglichen Einsatz von taktischen Atomwaffen oder biologischen oder chemischen Waffen spricht.“

Gleichwohl genehmigen alle drei Regierungschefs kontinuierlich weitere Waffenlieferungen. In ständigen sorgfältigen Abwägungen und in der Allianz abgestimmten Bewertungen von Rückwirkungen aus dem Kreml hinsichtlich der Nuklearschwelle bekommt Kiew schrittweise immer modernere effektive Systeme. Die

Aussage von Präsident Biden lässt sich auch als Botschaft an die russische Regierung und das Militär so deuten: Die USA wüssten durch ihre Aufklärung über interne Diskussionen um einen potenziellen Einsatz und versuchten mit der Strategie von öffentlichen Warnungen auf die russische Entscheidungsfindung einzuwirken. In diesem Sinne lässt sich Präsident Bidens Stop-Schild am 19. September deuten. Dreimal hintereinander mahnte er „Tun Sie es nicht“ und warnte vor unkalkulierbaren Konsequenzen: „Sie werden das Gesicht des Krieges verändern wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.“

Atomarer Einsatz

Nun zwingt das russische Abschreckungsdenken die Atomwaffen ohnehin nicht in das Korsett von allein politischen Abschreckungswaffen. In einer jüngsten Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik heißt es dazu: „Die nukleare Option hat dementsprechend drei Hauptaufgaben: Abschreckung durch Eskalationsandrohung, der tatsächliche begrenzte Einsatz zum Zwecke des Eskalationsmanagements und massive Vergeltung oder Kriegsführung im Fall einer Eskalation.“

Gleichwohl könnte das Konstrukt der atomaren Abschreckung vor einer Zeitenwende stehen, wenn ein Präzedenzfall für den China-Taiwan Konflikt, geschaffen würde: Die zweitstärkste Nuklearmacht der Welt und Vetomacht im UN-Sicherheitsrat instrumentalisiert deklaratorisch ihr Atomarsenal als potenzielle einsetzbare Kriegswaffen zur abschreckenden Absicherung des revisionistischen Angriffskrieges.

Sollte Russland entgegen hohem Risiko dennoch die Atomschwelle überschreiten, könnte der Auftakt als ein Einsatz von taktischen Nuklearwaffen als sogenanntes „Nuclear Signalling“ an den Westen erfolgen. Ziel wäre, in den europäischen Gesellschaften eine atomare Kriegspanik als psychologische Schockwirkung auszulösen, damit der Druck auf ihre Regierungen wächst, die Unterstützung an die Ukraine einzustellen und sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Zum Einsatz käme möglicherweise erst nur ein singuläres System oder höchstens einige wenige, wahrscheinlich im Schwarzen Meer oder im Europäischen Nordmeer. Eine Zündung in der Ostsee wäre demgegenüber mit der Gefahr verbunden, von den zahlreichen Nato-Anrainerstaaten als Nuklearangriff auf sie gedeutet zu werden und den Bündnisfall auslösen.

Ob das wiederum Moskau einkalkuliert und mit Blick auf ihr hohes Arsenal (ca. 2000) an nicht-strategischen Nuklearwaffen mit einer Strategie der Eskalation zur Deeskalation die Allianz vor einem Kriegseintritt abschrecken könnte, ist umstritten. Auf dem Nato-Gipfel in Rom 1991 wurde die Doktrin der Flexible Response außer Kraft gesetzt. Ein zentrales Element war die militärische Einsatzstufe der Vorbedachten Eskalation mit dem Einsatz von taktischen Nuklearwaffen, wenn die Beherrschung des Konflikts mit konventionellen Mitteln nicht mehr möglich erschien. Die russischen Drohungen mit dem Einsatz von Kernwaffen ähneln in ihrer Zielsetzung der ehemaligen Deliberate Escalation.

Ein kriegsmäßiger Nukleareinsatz im Donbass würde im Moskauer Narrativ jenes „neu-russische“ Gebiet zerstören, das gerade annektiert wurde. Und das Ziel auf die ukrainische Infrastruktur hätte eine immens hohe zivile Opferzahl zur Folge, die konsequent eine militärische Antwort der USA und der Nato zur Folge hätte. Grundsätzlich, jeder Kernwaffeneinsatz verändert unmittelbar und radikal jede vorherige Denkfigur eines Schlachtfeld-Szenarios. Die daraus sich entwickelnde unbekannte Dynamik hob auch Präsident Biden in seiner Rede am 6. Oktober explizit hervor: „Ich glaube nicht, dass man so einfach eine taktische Nuklearwaffe einsetzen kann und nicht vor einem Armageddon steht.“

Die Denkfigur der Abschreckung setzt eine gleichförmige beiderseitige Rationalität voraus. Sie stößt an ihre Grenzen, wenn eine Seite andere Vorzeichen vor die Rationalität setzt, mithin eine eigene statuiert. Das

könnte für Russland der Fall sein. Vor diesem Hintergrund läge eine russische Zündung zwar nicht im Wahrscheinlichkeitsbereich, aber doch auf der hinteren Skala von potenziellen russischen Einsatzszenarien. Mit seiner systematischen Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur mit konventionellem Raketenbeschuss scheint Moskau zunächst eine humanitäre Atombombe der Massenflucht zum Einsatz bringen zu wollen, um die Aufnahmekapazitäten in Polen, den Baltischen Staaten und Deutschland zusammenbrechen zu lassen und gesellschaftspolitische Desintegrationen zu erreichen.

Ordnungspolitische Zeitenwende

Sicherheitspolitik ist immer auch Ordnungspolitik. Welche sicherheitspolitischen Implikationen mit Auswirkungen auf die europäische Ordnungspolitik können aus der US-Unterstützung im Ukraine Krieg resultieren? In Washingtoner Denkfabriken konkurrieren im Hinblick auf das Verhältnis zu Russland zwei geostrategische Denkmodelle, die Annäherungswerte an Überlegungen im Außenministerium, Pentagon und Nationalen Sicherheitsrat besitzen. In dem einen wird eine macht- und geopolitisch dominierte Politik empfohlen, Russland in einen langen, seine militärischen Fähigkeiten stark dezimierenden Abnutzungskrieg in der Ukraine zu verwickeln. Mittel- bis langfristig angelegte eigene wie von den europäischen Partnern eingeforderte militärische Aufrüstungsprogramme sowie Truppenstationierungen insbesondere in Ostmitteleuropa würden den Hauptpfeiler bilden. Russlands ökonomische und militärische Machtressourcen sollen so geschwächt werden, dass auf einer langen Zeitachse seine Fähigkeit zur Machtprojektion signifikant beschnitten wird. Mit der Verkämpfung Russlands in der Ukraine würde Moskau auch als strategischer Partner für China nicht länger so attraktiv sein wie vor dem Krieg und im perspektivisch lang anberaumten Systemkonflikt mit China kein signifikantes Hindernis mehr darstellen.

Eine andere Denkfigur empfiehlt durch Rüstung- und Rüstungskontrollpolitik vielmehr nur gezielt die russische regionale militärische Invasionsfähigkeit einzuhegen. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Stärkung von transatlantischen konventionellen Verteidigungs- und nuklearen Abschreckungsfähigkeiten sowie auf der Diplomatie. Fernziel ist, durch den Rüstungsaufwuchs, aber zugleich auch die Bereitschaft zur Rüstungskontrolle langfristig die russische Politik und ihr Militär zu mehr Realismus für die Grenzen von Streitkräften in Europa zu öffnen.

In beiden politikberatenden Denkschulen zeigt der Schattenriss wesentliche Aspekte der empfohlenen US-Außen- und Sicherheitspolitik in Europa: Nato-Politik der Stärke gegenüber Russland. Das bedeutet, organisieren von Sicherheit vor Russland, mithin Sicherheit gegen Russland. Großbritannien und die Staaten Ostmittel- und Nordeuropas würden das erste Modell sehr unterstützen. Sie favorisieren Russlands Schwächung und mehr Abschreckung. Ihr Ukraine-Modell ist dessen Staatlichkeit in den Grenzen von 2013, also vor der Krim Annexion und dem Krieg in der Ostukraine. In Deutschland würden Rüstungskontrolle und Diplomatie die größte politische Unterstützung finden.

Regierungsaussagen in verschiedenen europäischen Hauptstädten, dass die Ukraine den Krieg nicht verlieren dürfe, ihn sogar gewinnen könne und vice versa Russland ihn nicht gewinnen dürfe, aber verlieren könne; oder die Ukraine werde so lange unterstützt werden, wie das notwendig ist, werden in ihren politischen Bedeutungen nicht näher präzisiert. Damit soll wahrscheinlich der Beratungsspielraum bei künftigen Friedensverhandlungen nicht durch Festlegungen vorab eingeschränkt werden.

Als permanentes UN-Sicherheitsratsmitglied und mittlere Atommacht denkt Paris klassisch geopolitisch. So liegt seine starke Skepsis einer künftigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine gegenüber nicht nur in den dann hohen finanziellen Leistungen Brüssels an Kiew zu Lasten des eigenen Landes begründet. Ein Beitritt zur

Gemeinschaft würde durch die geographische Lage, Geschichte und kulturellen Verbindungen das politische Gewicht und den Einfluss Deutschlands in Ostmitteleuropa noch weiter als bislang stärken und damit auch in Europa insgesamt wachsen. Paris sieht sich bislang in der Position, von Russland bei künftigen Friedensverhandlungen mit der Ukraine als potenzieller Moderator akzeptiert zu werden. Verbunden wäre damit dann auch Einfluss auf die weitere Gestaltung der ukrainischen Bemühungen um eine EU-Mitgliedschaft.

Die französischen Nuklearstreitkräfte haben hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität hinreichenden Abschreckungscharakter mit – im Vergleich zu den USA – reduzierter massiver Vergeltung als Doktrin. Eine erweiterte Abschreckungsfunktion für Deutschland ist (noch) nicht vorgesehen. Diesbezügliche Signale für den Beginn eines sicherheitspolitischen Diskurses aus dem Élysée-Palast sind widersprüchlich. In Berlin besteht aber auch kein explizites Interesse daran, aus Sorge, damit die existente erweiterte US-Abschreckung potenziell aufzuweichen, auf die Deutschland sicherheitspolitisch angewiesen ist. Aus deutschem Interesse kann es auch nur darum gehen, den sogenannten europäischen Pfeiler innerhalb der Nato durch Pooling und Sharing/Zusammenführen und Teilen der konventionellen Kräfte so zu stärken, dass die USA die europäische Verteidigungsfähigkeit im Sinne einer Statusparität in der Allianz anerkennen. Allerdings werden nach den Kongresswahlen in den USA im November die Karten neu gelegt.

Stichwort China: Pekings politische und ökonomische Unterstützung für Russland könnte ähnlich dem Interesse der USA gelesen werden, allerdings mit anderen Vorzeichen und Implikationen. Hernach soll Russland den Krieg auf dem Schlachtfeld nicht verlieren, aber lange an ihn gebunden sein. Eine längere zeitliche Dauer des Krieges würde in Russlands innenpolitische Schwächung münden. Außenpolitisch mindert das Moskaus Status als China gleichwertiger strategischer Partner und drückt das Land damit in eine stärker von Pekings Interessen und Willen abhängige Juniorrolle.

Welche weiteren ordnungspolitischen Scherenschnitt-Bilder und Grobszenarios könnten auf dem europäischen Tisch liegen? Die primäre zentrale Frage fokussiert Modus und Intensität von künftigen Sicherheitsgarantien für die Ukraine. An dieser Stelle können jedoch Voraussetzungen, Bedingungen und Implikationen von ukrainischen Mitgliedschaften in EU und/oder Nato mit ihren entsprechenden Sicherheitsgarantien, wie Artikel 42 EU-Vertrag oder Artikel 5 Nato-Vertrag nicht thematisiert werden. Zunächst müsste der Elefant den Raum verlassen, die absolute Unkenntnis von Zeitpunkt, Form und Bedingung eines Waffenstillstands. Doch den Fall seiner Statuierung gesetzt, wird jede ukrainische Regierung als Mindeststandard eine weitaus höhere militärische Verteidigungsfähigkeit postulieren als vor dem 24. Februar, weil auf viele Jahre ein tief verwurzeltes feindseliges Misstrauen in Staat und Gesellschaft der Ukraine gegenüber Russland vorherrschen wird. Das wiederum impliziert Rückwirkungen auf die russische Sicherheitspolitik mit erheblicher langfristiger Instabilität in Europa.

Eine Zeitenwende könnte sich auch für Polen einstellen. Verbunden durch eine jahrhundertelange gemeinsame Geschichte und heutige Grenznachbarschaft mit der Ukraine ist Polen in Europa der wichtigste militärische Promotor für die Kriegsunterstützung. Warschau könnte daraus in einer ukrainischen Nachkriegsordnung in Europa einen Führungsanspruch in der sicherheitspolitischen Ordnungsgestaltung in Ostmitteleuropa ableiten wollen. Das würde allerdings mit den unterschiedlichen französischen und deutschen sicherheitspolitischen Interessen kollidieren. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass die USA die Pfadabhängigkeit vorgeben werden. Washington ist der größte und bedeutendste Waffenlieferant und nachrichtendienstliche Unterstützer im Ukraine-Krieg. Vor diesem Hintergrund verfügen die USA über den substantiellen Einfluss der ukrainischen militärischen Fähigkeiten auf dem Schlachtfeld. Sie werden deshalb auch die ukrainische Nachkriegsordnung wesentlich mitbestimmen. Wie diese ausgestaltet werden kann, ist

völlig offen und unbekannt. Denn wer wären die einvernehmlich akzeptierten Garantiemächte? Damit untrennbar verbunden ist die von Russland künftige eingeforderte und vice versa ihr westlicherseits zugestandene Rolle als der Elefant im Raum.

Eines ist schon heute sicher: Das Auktionshaus der Internationalen Politik wird zur Auswahl weitere Optionen für historische Zeitenwenden in Europa bereitstellen.

28. Oktober 2022

(Prof. Dr. Wulf Lapins, Senior Research Fellow des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik)